



Protokoll

Gremium:	Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung
Sitzungstermin:	Mittwoch, 10.09.2025
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Raum, Ort:	Besprechungsraum (LüwoBau), Auf der Höhe 56, 21339 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Dr. Corinna Maria Dartenne

Beschließende Mitglieder

Christian-Tobias Gerlach

Vertretung für: Anna Bauseneick

Thomas Dißelmeyer

Jule Grunau

Martin Lühmann

Andrea Schröder-Ehlers

Alexander Schwake

Grundmandat

Cornelius Grimm

Vertretung für: Eike Freitag

Verwaltung

Sebastian Prigge

Annika Pupke

Isabell Junkereit

Vivien Fetzner

Eckhard Pöls

Patrick Klose

Dennis Lauterschlag

Gäste

Heiderose Schäfke, GF LüWoBau

Dr. Jörg Wiesmann, Leiter Interne Services gBuK

Dr. Michael Moormann, GF Gesundheitsholding, SKL, Ambulanzzentrum, MVZ

Jan-Hendrik Kramer, GF Gesundheitsholding, PKL

Dirk Günther, GF Gesundheitsholding, Kurzentrum, SALVA, Sports & Friends

Eckhard Meyer, GF Service Plus

Thomas König, GF Städtisches Pflegezentrum

Frank Ahlborn, Handwerkskammer

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
4	Einwohnendenfragen	
5	Lüneburger Wohnungsbau GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisungen an die Beteiligungsvertreter der Gesellschafterversammlung	BV/11988/25
6	Gemeinnützige Bildungs- und Kulturgesellschaft Landkreis und Hansestadt Lüneburg mbH - Jahresabschluss 2024 Weisungen an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/11980/25
7	Gemeinnützige Bildungs- und Kulturgesellschaft Landkreis und Hansestadt Lüneburg mbH - Wirtschaftsprüferbestellung 2025 Weisungen an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/11976/25
8	Theater Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2023/2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12066/25
9	Theater Lüneburg GmbH - Zielvereinbarung für das Jahr 2025 zur Vereinbarung über alle Ziele und Leistungen Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12067/25
10	Gesundheitsholding Lüneburg GmbH Konzern - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12050/25
11	Gesundheitsholding Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12052/25
12	Städtisches Klinikum Lüneburg gemeinnützige GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12049/25
13	Ambulanzzentrum Lüneburg am Städtischen Klinikum gemeinnützige GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12060/25

TOP	Betreff	Vorlage
14	MVZ LueneDoc GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12056/25
15	Psychiatrische Klinik Lüneburg gemeinnützige GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12053/25
16	Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12062/25
17	Sports & Friends Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12059/25
18	SALVA Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2023 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12063/25
19	SALVA Lüneburg GmbH - Ermächtigung der Geschäftsführung zum Abschluss eines Betriebsführungsvertrages über die kaufmännischen Leistungen für das Jahr 2025 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12065/25
20	Tagesklinik am Kurpark Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12054/25
21	Service Plus Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12055/25
22	Städtisches Pflegezentrum Lüneburg gemeinnützige GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/12057/25
23	Anträge und Anfragen	
23.1	Antrag "Optimierung des Antragsverfahrens für Handwerkerparkausweise" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.07.2025, eingegangen am 29.07.2025) - Vortrag IHK und Handwerkskammer	AT/11991/25
23.2	Antrag "Verbesserung der Park- und Vergabepraxis für Handwerksbetriebe" (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.07.2025, eingegangen am 29.07.2025) - Vortrag IHK und Handwerkskammer	AT/11992/25
23.3	Antrag "Pop-up-Marktstand" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2025, eingegangen am 28.01.2025)	VO/11719/25

TOP	Betreff	Vorlage
24	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Vorsitzende Ratsfrau Dr. Dartenne begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitglieder der Verwaltung zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung im Besprechungsraum der Lüneburger Wohnungsbau GmbH. Anschließend stellt sie bei der Anwesenheit von 5 Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 3 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Herr Prigge stellt die Arbeitgeberbekanntheitsstudie von der Werbeagentur G.V.K. vor. Darüber hinaus äußert Herr Prigge, dass es die Möglichkeit gebe, die G.V.K. zum Wirtschaftsausschuss einzuladen, wenn weitere Fragen zur Studie aufkämen.

Die Studie ist der Anlage beigelegt.

Zu TOP 4 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

- keine Anmerkungen -

**Zu TOP 5 Lüneburger Wohnungsbau GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisungen an
die Beteiligungsvertreter der Gesellschafterversammlung
BV/11988/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Lüneburger Wohnungsbau GmbH werden angewiesen, den Jahresabschluss 2024 festzustellen, 3.000.000 € in die Bauerneuerungsrücklage einzustellen, zum 30.11.2025 eine Dividende von 500.000 € auszuschütten und 17.632,47 € in andere Gewinnrücklagen einzustellen. Darüber hinaus ist der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Frau Schäfke, Geschäftsführerin der Lüneburger Wohnungsbau GmbH (LüwoBau), stellt den Jahresabschluss 2024 vor. Die LüwoBau schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von rd. 3,5 Mio. € ab. Frau Schäfke berichtet, dass das Thema der CO2 Einsparungen bis 2045 im Fokus läge und bereits zahlreiche Photovoltaikanlagen installiert und zudem diverse zentrale Gasheizungsanlagen auf Wärmepumpentechnik umgestellt worden seien. Außerdem erwähnt sie, dass es aktuell zu Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Fördermitteln für Neubauten komme. In 2025 erfolge der Spartenstich für die Kita Neu Hagen und für das Wohnhaus in der Fritz-Bauer-Straße 2-4 (Gut Wienebüttel).

Im Anschluss an die Darlegungen von Frau Schäfke bedankt sich Ratsfrau Schröder-Ehlers für die Arbeit der LüwoBau. In Bezug auf die Ausführungen von Frau Schäfke zu den aktuellen Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Fördermitteln für Neubauten bietet Ratsfrau Schröder-Ehlers an, in ihrer Funktion als Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes unterstützend tätig zu werden. Frau Schäfke könne sie dazu gern kontaktieren. Die stellv. Vorsitzende Ratsfrau Dr. Dartenne interveniert mit dem Hinweis, dass Ratsfrau Schröder-Ehlers nicht als Vizepräsidentin des Landesrechnungshofes im Wirtschaftsausschuss anwesend sei.

**Zu TOP 6 Gemeinnützige Bildungs- und Kulturgesellschaft Landkreis und Hanse-
stadt Lüneburg mbH - Jahresabschluss 2024**

**Weisungen an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/11980/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Gemeinnützigen Bildungs- und Kulturgesellschaft Landkreis und Hansestadt Lüneburg mbH werden angewiesen, der Feststellung des Jahresabschlusses 2024, dem Vortrag des Bilanzverlustes von -702.300,66 € auf neue

Rechnung und der Entlastung der Geschäftsführung sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Wiesmann, Leitung Interne Services der gemeinnützigen Bildungs- und Kulturgesellschaft Landkreis und Hansestadt Lüneburg mbH, stellt den Jahresabschluss 2024 vor. Die Gesellschaft schließt das Jahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von rd. 84 T€ ab.

Zu TOP 7 Gemeinnützige Bildungs- und Kulturgesellschaft Landkreis und Hansestadt Lüneburg mbH - Wirtschaftsprüferbestellung 2025

**Weisungen an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/11976/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der gemeinnützigen Bildungs- und Kulturgesellschaft Landkreis und Hansestadt Lüneburg mbH werden angewiesen, der Bestellung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRB Revision und Beratung PartG mbB für das Geschäftsjahr 2025 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

- keine Anmerkungen -

**Zu TOP 8 Theater Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2023/2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12066/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Theater Lüneburg

GmbH werden angewiesen für die Feststellung des Jahresabschlusses 2023/2024 und der Übernahme des Jahresfehlbetrags i.H.v. 326.714,66 € als Verlustvortrag in das laufende Geschäftsjahr 2024/2025 zu stimmen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung sowie des Aufsichtsrates zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Prigge stellt den Jahresabschluss 2023/2024 der Theater Lüneburg GmbH vor. Die Gesellschaft schließt das Jahr mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 327 T€ ab.

Ratsherr Schwake erscheint um 16.24 Uhr zur Sitzung.

**Zu TOP 9 Theater Lüneburg GmbH - Zielvereinbarung für das Jahr 2025 zur Vereinbarung über alle Ziele und Leistungen Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12067/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Theater Lüneburg GmbH werden angewiesen, der Zielvereinbarung vom 26.06.2025 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Prigge berichtet, dass die Verhandlungen mit dem Land abgeschlossen seien und eine Zielvereinbarung für das Jahr 2025 vorliege. Jedoch wurde die Kompensierung der Tarifsteigerungen bei den Verhandlungen nicht erreicht.

Ratsfrau Schröder-Ehlers erkundigt sich warum die Zielvereinbarung nur für ein Jahr verlängert worden sei. Daraufhin antwortet Herr Prigge, dass die Theater in den Verhandlungen mit dem Land ihr Ziel, strukturelle Defizite zu schließen, nicht habe erreichen können. Außerdem wolle man mehr Druck beim Land aufrecht erhalten und somit die Theaterfinanzierung im Fokus halten.

**Zu TOP 10 Gesundheitsholding Lüneburg GmbH Konzern - Jahresabschluss 2024
Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafter-
versammlung
BV/12050/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Gesundheitsholding Lüneburg GmbH werden angewiesen den vorgelegten Konzernjahresabschluss 2024 zur Kenntnis zu nehmen und zu billigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Moormann, einer von drei Geschäftsführern der Gesundheitsholding Lüneburg GmbH, stellt den Jahresabschluss 2024 vor. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von rd. 500 T€ ab.

Ratsherr Gerlach erscheint um 16.29 Uhr zur Sitzung.

**Zu TOP 11 Gesundheitsholding Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an
die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12052/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Gesundheitsholding Lüneburg GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses 2024 und der Zuführung des Jahresüberschusses i.H.v. 196.360,88 € zu den Gewinnrücklagen zu stimmen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Moormann, einer von drei Geschäftsführern der Gesundheitsholding Lüneburg GmbH, stellt den Jahresabschluss 2024 vor. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von rd. 196 T€ ab.

**Zu TOP 12 Städtisches Klinikum Lüneburg gemeinnützige GmbH - Jahresabschluss
2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesell-
schafterversammlung
BV/12049/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Lüneburg gemeinnützige GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses 2024 zu stimmen, den ausgewiesenen Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.829.077,87 € auf neue Rechnung vorzutragen und diesen durch Entnahme aus den Gewinnrücklagen in gleicher Höhe auszugleichen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Moormann, Geschäftsführer der Städtisches Klinikum Lüneburg gemeinnützige GmbH, stellt den Jahresabschluss 2024 vor. Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 2,8 Mio. € ab. Dabei stellt Herr Dr. Moormann klar, dass die Länder nicht den gesetzlichen Verpflichtungen nachkämen, um die Verluste des Klinikums zu kompensieren. Das Klinikum könne nicht aus sich heraus finanziert werden.

Ratsherr Schwake erkundigt sich, ob alle Betten im Klinikum mit Personal ausgestattet seien. Herr Dr. Moormann erläutert, dass dies nicht der Fall sei, weil es an Pflegepersonal fehle und bereits Leihkräfte beauftragt worden seien. Jedoch würden die Leihkräfte 50 % mehr als eigenes Personal kosten. Außerdem sieht Herr Dr. Moormann ein Problem in der Notaufnahme, denn dort seien viele Patient*innen, die ohne Not dort aufgenommen werden müssten. So schliefen Patient*innen dort bspw. ihren Rausch aus. Dieses Problem solle mit der Rettungsdienstmedizin gelöst werden.

Zudem erkundigt sich Ratsherr Grimm, wie der Chancenbericht zu bewerten sei, in dem niedergeschrieben sei, dass die Nachfrage nach Krankenhausleistungen in Lüneburg aufgrund Schließungen und Insolvenzen von anderen Gesundheitseinrichtungen steigen könnte. Herr Dr. Moormann erläutert, dass hierdurch Fachkräfte auf den Arbeitsmarkt gelangen könnten. Jedoch müsse man beachten, dass es mittlerweile häufig zu Branchenwechseln des Personals nach Schließung einer Gesundheits- oder Pflegeeinrichtung käme. Daraufhin erklärt Herr Dr. Moormann die möglichen Auswirkungen der Krankenhausreform.

**Zu TOP 13 Ambulanzzentrum Lüneburg am Städtischen Klinikum gemeinnützige GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12060/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung Ambulanzzentrum Lüneburg am Städtischen Klinikum gemeinnützige GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des Jahresabschlusses 2024, für das Vortragen des Jahresüberschusses i.H.v. 145.336,02 € auf neue Rechnung sowie für die Verrechnung mit dem Verlustvortrag zu stimmen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Moormann, Geschäftsführer der Ambulanzzentrum Lüneburg am Städtischen Klinikum gemeinnützige GmbH, stellt den Jahresabschluss 2024 vor. Dieser weist einen Jahresüberschuss von rd. 145 T€ auf. Der Jahresüberschuss resultiert nahezu ausschließlich aus der Umsatzsteigerung im Bereich der Strahlentherapie.

**Zu TOP 14 MVZ LueneDoc GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12056/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der MVZ LueneDoc GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und für das Vortragen des Jahresüberschusses i.H.v. 85.828,19 € auf neue Rechnung zu stimmen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Dr. Moormann, Geschäftsführer der MVZ LüneDoc GmbH, stellt den Jahresabschluss 2024

vor. Die Gesellschaft hat einen Jahresüberschuss von rd. 86 T€ erwirtschaftet.

**Zu TOP 15 Psychiatrische Klinik Lüneburg gemeinnützige GmbH - Jahresabschluss
2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesell-
schafterversammlung
BV/12053/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Psychiatrische Klinik Lüneburg gemeinnützige GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses 2024 und für die handelsrechtliche Zuführung des Jahresüberschusses i.H.v. 1.845.874,66 € in die Gewinnrücklage zu stimmen. Steuerrechtlich wird ein Anteil des Jahresüberschusses i.H.v. 180.000,00 € der freien Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO und der andere Anteil i.H.v. 1.665.874,66 € der Rücklage für gemeinnützige Zwecke zugeführt. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Kramer, Geschäftsführer der Psychiatrische Klinik Lüneburg gGmbH (PKL), erläutert den Jahresabschluss 2024. Die Gesellschaft schließt das Jahr 2024 mit einem Überschuss von rd. 1.846 T€ ab. Er berichtet, dass die Auslastung hoch sei und die Nachfrage an psychiatrischer Betreuung stetig wachse.

Ratsherr Lühmann erkundigt sich, ob alkoholranke Menschen, welche in der Notaufnahme im Städtischen Klinikum ihren Rausch ausschließen, bei der PKL aufgenommen werden können. Daraufhin erklärt Herr Kramer, dass alkoholranke Menschen entweder freiwillig kommen oder mit Beschluss von der Polizei eingewiesen werden müssten.

Außerdem erfragt Ratsherr Grimm, ob der Neubau einen positiven Effekt auf die Patient*innen habe. Herr Kramer antwortet, dass der Neubau einen positiven Effekt auf Patient*innen und Mitarbeiter*innen habe. Dies liege an der Helligkeit der Räume sowie der Begrünung im Außenbereich.

**Zu TOP 16 Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung
an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversamm-
lung
BV/12062/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und für das Vortragen des Jahresüberschusses i.H.v. 452.320,82 € auf neue Rechnung zu stimmen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Günther, Geschäftsführer der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH, berichtet über den Jahresabschluss 2024. Dieser weist einen Jahresüberschuss von rd. 452 T€ vor.

Ratsherr Grimm erkundigt sich, ob die Chance bestehe, KI im Schwimmbad einzusetzen. Herr Günther erklärt, dass bereits KI im Schwimmbad in Form von AngelEye (eine Kamera unter Wasser, die vor dem Ertrinken warnt) benutzt werde. Andere Kamerasysteme, die bspw. den Besuch des Gastes verfolgten, wie sie im Freibad Adendorf installiert sind, würden noch nicht benötigt. Die KI sei dabei nicht ersetzend sondern solle unterstützend für die Mitarbeitenden im Salü fungieren.

**Zu TOP 17 Sports & Friends Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12059/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Sports & Friends GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und für das Vortragen des Jahresüberschusses i.H.v. 48.610,10 € auf neue Rechnung zu stimmen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Günther, Geschäftsführer der Sports & Friends Lüneburg GmbH, stellt den Jahresabschluss 2024 vor. Die Gesellschaft hat einen Jahresüberschuss von rd. 49 T€.

**Zu TOP 18 SALVA Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2023 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12063/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der SALVA Lüneburg GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 sowie für das Vortragen des Jahresfehlbetrags i.H.v. 5.063,32 € auf neue Rechnung zu stimmen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Günther, Geschäftsführer der SALVA Lüneburg GmbH, berichtet zunächst über die Eröffnung des Gradierwerks und stellt anschließend den Jahresabschluss 2023 vor. Die Gesellschaft schließt das Jahr mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 5 T€ ab. Dieser ergibt sich ausschließlich aus Notar- und Nebenkosten.

Ratsfrau Schröder-Ehlers bedankt sich für die schöne Veranstaltung zur Eröffnung des Gradierwerks und hinterfragt, ob die Solaranlagen dazu beitragen, dass das Salü zukünftig nur noch Gewinne erwirtschaftet. Herr Günther teilt mit, dass dies abhängig von der Dividendenzahlung an die Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH sei. Daraufhin fragt Frau Schröder-Ehlers, ob sich die Dividendenzahlung stabilisiert habe. Dies verneint Herr Günther.

**Zu TOP 19 SALVA Lüneburg GmbH - Ermächtigung der Geschäftsführung zum Abschluss eines Betriebsführungsvertrages über die kaufmännischen Leistungen für das Jahr 2025 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12065/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der SALVA Lüneburg GmbH werden angewiesen, der Ermächtigung der Geschäftsführung zum Abschluss eines Vertrages über die Erbringung von kaufmännischen Betriebsführungsleistungen durch die Avacon Wasser GmbH an die SALVA Lüneburg GmbH zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
-------------	---

Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Günther teilt mit, dass die Geschäftsführung der SALVA mit der Avacon Wasser GmbH einen Vertrag über Leistungen der kaufmännischen Betriebsführung für das Geschäftsjahr 2025 abschließen solle, damit die SALVA weiterhin von AVAW kaufmännisch geführt werden könne. In diesem Vertrag sei ein pauschales Entgelt i. H. v. 25 T€ netto für die Erbringung der Leistung im Jahr 2025 geregelt.

**Zu TOP 20 Tagesklinik am Kurpark Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12054/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Tagesklinik am Kurpark Lüneburg GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und für das Vortragen des Jahresüberschusses i.H.v. 250.597,21 € auf neue Rechnung zu stimmen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Herr Günther stellt stellvertretend für Herrn Zellmer, Geschäftsführer der Tagesklinik am Kurpark Lüneburg GmbH, den Jahresabschluss 2024 vor. Die Gesellschaft schließt das Jahr 2024 mit einem Überschuss von rd. 251 T€ ab.

**Zu TOP 21 Service Plus Lüneburg GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/12055/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Service Plus Lüneburg GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des Jahresabschlusses 2024, für die Ausschüttung des Jahresüberschusses i.H.v. 142.181,18 € nach Gesellschaftsanteilen sowie für die Entnahme von 857.818,82 € aus den Gewinnrücklagen, welche ebenfalls nach Gesellschaftsan-

teilen auszuschütten sind, zu stimmen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Meyer, Geschäftsführer der Service Plus Lüneburg GmbH, stellt den Jahresabschluss 2024 vor. Die Gesellschaft beendet das Geschäftsjahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von rd. 142 T€.

Ratsfrau Schröder-Ehlers erkundigt sich, ob genügend Personal zu finden sei. Herr Meyer antwortet, dass dies je nach Arbeitsbereich variere. Im Bereich des Transports gäbe es keine Probleme, Personal zu finden, im Bereich der Küche sei dies jedoch eher schwierig, vor allem aufgrund von Sprachproblemen.

Zu TOP 22 Städtisches Pflegezentrum Lüneburg gemeinnützige GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisung an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/12057/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Pflegezentrum Lüneburg gemeinnützige GmbH werden angewiesen, für die Feststellung des Jahresabschlusses 2024, für das Vortragen eines Anteils des Jahresüberschusses i.H.v. 3.787,74 € auf neue Rechnung, der mit dem Verlustvortrag verrechnet wird sowie für die Zuführung des anderen Anteils i.H.v. 243.544,86 € in die Gewinnrücklagen zu stimmen. Außerdem ist der Entlastung der Geschäftsführung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr König, Geschäftsführer der Städtisches Pflegezentrum Lüneburg gGmbH, erklärt den Jahresabschluss 2024. Dieser weist einen Jahresüberschuss von rd. 247 T€ auf.

Frau Schröder-Ehlers erkundigt sich, wie hoch die Minderbelegung sei. Herr König antwortet, dass eine Belegung von 96 % geplant sei und derzeit eine Belegung von 95 % bestehe.

Außerdem fragt Ratsherr Grimm, ob die Möglichkeit bestehe, ein weiteres Pflegeheim zu eröff-

nen. Herr König teilt mit, dass es sehr schwierig sei, qualifiziertes Personal zu finden, weshalb einige Pflegeheime bereits geschlossen worden seien. Herr Kramer bestätigt diese Auffassung und ergänzt, dass die Gesundheitsholding wirtschaftlich gesehen kein weiteres Pflegeheim verkraften könne. Stellv. Ausschussvorsitzende Ratsfrau Dr. Dartenne nimmt dies zur Kenntnis und erwähnt, dass dies bereits Thema in der Aufsichtsratssitzung von der Gesundheitsholding gewesen sei. Ratsfrau Schröder-Ehrlers ergänzt, dass die stationäre Pflege weiterhin ein großes Thema sei und es einen SPD Antrag geben werde bezüglich des Baus einer weiteren Pflegeeinrichtung durch die Hansestadt Lüneburg und die Gesundheitsholding. Stellv. Ausschussvorsitzende Ratsfrau Dr. Dartenne verweist auf das Schreiben von Herrn Kramer an die SPD, in welchem er unmissverständlich die Gründe, die gegen eine solche Pflegeeinrichtung bestünden, dargelegt habe.

Die Sitzung pausiert von 17.17 Uhr – 17.21 Uhr.

Zu TOP 23.1 Antrag "Optimierung des Antragsverfahrens für Handwerkerparkausweise" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)

**- Vortrag IHK und Handwerkskammer
AT/11991/25**

Beratungsinhalt:

Stellv. Ausschussvorsitzende Ratsfrau Dr. Dartenne begrüßt Herrn Ahlborn von der Handwerkskammer Lüneburg. Außerdem begrüßt Herr Prigge zur thematischen Unterstützung Herrn Klose und Herrn Lauterschlag von der Stadtverwaltung. Herr Ahlborn stellt die Herausforderungen und Handlungsempfehlungen in Bezug auf das Handwerkerparken an dem Best Practices Beispiel Lübeck vor. Daraufhin teilt Herr Lauterschlag mit, dass Lübeck ein Kontrollsystem innerhalb der Lieferzeit führe, es hingegen in Lüneburg innerhalb der Lieferzeiten in der Innenstadt kein Kontrollsystem gebe, da jede/r Lieferant*in während der Lieferzeiten in den verkehrsberuhigten Bereich einfahren dürfe. Außerdem gibt Herr Klose kund, dass die Anforderung an ein digitales Antragsverfahren inkl. Erklär-Video im Laufe des 4. Quartal zur Verfügung gestellt werde. Auch die Gebührenübersicht werde überarbeitet und schnellstmöglich hochgeladen. Bisher sei es schon möglich, ein Handwerkerparkausweis per Mail und per Telefon zu beantragen. Außerdem teilt er mit, dass ein Verbundsystem von mehreren Kommunen nicht möglich sei und nur die Hansestadt die Ausnahmegenehmigungen ausstellen könne. Eine zentrale Ansprechstelle gebe es auch bereits.

Ratsherr Schwake kommentiert, dass die Hansestadt teilweise ein besseres Verfahren als Lübeck habe.

Ratsherr Gerlach teilt daraufhin mit, dass eine zentrale Ansprechstelle nicht nötig sei, er sich jedoch eine direkte Ansprechperson mit Vertretung im Internet wünsche. Herr Klose sieht hierbei keinen Mehrwert, er hält ein Funktionspostfach für die beste Lösung, da hierauf mehrere Mitarbeitende Zugriff hätten. Dies habe Vorteile bei der Abwesenheit (Krankheit, Urlaub) der Ansprechperson.

Herr Klose gibt zu verstehen, dass ihm nicht klar sei, was mit der Vereinheitlichung administrativer Prozesse zur Eliminierung variabler Anforderungen (Nr. 4 des Antrags) gemeint sei. Daraufhin antwortet Ratsherr Grimm, dass es administrative Prozesse geben solle, ebenso eine Standardisierung, sodass keiner ungleich behandelt werde, egal ob ortsansässig oder nicht. Außerdem fordere er einheitliche Kriterien, dies beinhaltet vor allem die Gebührenübersicht.

Ratsfrau Schröder-Ehlers verlässt um 17.53 Uhr die Sitzung.

Herr Lauterschlag antwortet, dass ein gesetzlicher Rahmen für die Höhe der Gebühren vorliege, indem sie sich bewegen könnten. Die Gebühren seien seit 1997 nicht mehr angepasst worden, jedoch zuletzt 2013 mit einzelnen Interessengruppen erörtert. Herr Prigge greift ein und gibt zu verstehen, dass er nicht im Thema sei, aber klar sei, dass die Homepage und das Serviceportal optimierungsfähig seien, der Verwaltung aber Zeit gegeben werden müsse dies zu optimieren. Daraufhin antwortet Ratsherr Grimm, dass die Gebührentabelle einen Rahmen von 10 € - 167 €

vorgebe und dieser nicht nachvollziehbar sei.

Ratsherr Dißelmeyer macht deutlich, dass die Diskussionen und Anmerkungen zeigten, dass die Einladung der Handwerkskammer sehr gut gewesen sei. Ratsherr Dißelmeyer nimmt Bezug auf die Aussage von Herrn Prigge und gibt zu verstehen, dass es hervorragend sei, wenn die Homepage und das Serviceportal für alle transparent sein werde. Zudem sollten auch die Pflegedienste berücksichtigt werden. Herr Klose antwortet, dass die Pflegedienste berücksichtigt seien und einzeln verhandelt würden.

Ratsherr Lühmann fügt hinzu, dass es die Situation nicht einfacher mache, wenn die GfA um 11 Uhr durch die Innenstadt fahre. Jedoch stellt er klar, dass die Hansestadt telefonisch sehr gut zu erreichen sei. Ebenso werde sich bei der Digitalisierung sehr bemüht.

Stellv. Ausschussvorsitzende Ratsfrau Dr. Dartenne fasst zusammen, dass die Verwaltung bereits weit in die richtige Richtung gearbeitet habe und somit die Anträge etwas bewirkt hätten. Daraufhin stellt die stellvert. Ausschussvorsitzende Ratsfrau Dr. Dartenne folgenden Antrag: „Auf Anregung aus dem Wirtschaftsausschuss wird die Verwaltung gebeten, die in der Stellungnahme zu den Anträgen der FDP und der CDU avisierten Maßnahmen im vierten Quartal 2025 umzusetzen und Anfang 2026 darüber im Wirtschaftsausschuss zu berichten.“

Ratsherr Gerlach fragt, ob die Gebührensatzung ebenfalls durch den Rat erlassen werden müsse, wie bspw. bei der Feuerwehr.

Ratsfrau Grunau stellt den Geschäftsordnungsantrag: Vertagung des TOP 23.1 und TOP 23.2 ins 4. Quartal.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen angenommen.

Herr Klose antwortet auf die Frage von Ratsherrn Gerlach, dass die Gebühren nicht bearbeitet würden, lediglich werde die Liste optisch angepasst. Außerdem teilt Herr Prigge mit, dass es verschiedene Arten von Gebühren gebe. Es gebe Verwaltungsgebühren, darunter falle die Gebühr für die Handwerkerparkausweise, und es gebe die Benutzungsgebühr, wie die Gebühren durch die Feuerwehr.

Herr Pols unterstützt die Vorgehensweise der Hansestadt und teilt mit, dass die Bearbeitungszeit der Anträge für Handwerkerparkausweise lediglich ein bis zwei Tage dauer und 95 % der Anträge keine Notfälle seien. Außerdem fügt er hinzu, dass die Ausgangslage nicht wie von der IHK dargestellt sei.

Zu TOP 23.2 Antrag "Verbesserung der Park- und Vergabepraxis für Handwerksbetriebe" (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)

**- Vortrag IHK und Handwerkskammer
AT/11992/25**

Beratungsinhalt:
Siehe TOP 23.1.

Zu TOP 23.3 Antrag "Pop-up-Marktstand" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2025, eingegangen am 28.01.2025)

VO/11719/25

Beratungsinhalt:

Ratsherr Grimm erklärt den Hintergrund dieses Antrages. Dabei gehe es um Marktstände, die noch nicht auf dem Wochenmarkt vertreten seien und ggf. nur saisonale Sachen verkauften. Hierfür solle kein neuer Wagen gekauft werden. Außerdem sei noch Platz vorhanden, weshalb es keine Warteliste gebe. Das Ziel sei es nicht, den Markt für Bekleidung oder Handwerk zu öffnen.

Herr Klose teilt mit, dass Herr Pols bereits einige mögliche Interessent*innen kontaktiert habe, das Interesse jedoch nicht vorhanden gewesen sei. Außerdem habe er den Antrag so verstanden, dass im Rahmen des Förderprogramm „Resiliente Innenstadt“ ein neuer Wagen gekauft werden solle.

Ratsherr Dißelmeyer ist der Meinung, dass jeder Marktstand ein Pop-up-Marktstand sei, da die Stände nicht dauerhaft dort stünden. Aufgrund dessen würde er den Antrag ablehnen, denn der Markt habe andere Probleme und man solle sich zunächst mit der Gebührensatzung auseinandersetzen.

Ratsherr Schwake äußert, dass die Zuständigkeit bei der Stadtverwaltung belassen werden solle und ein Pop-up-Marktstand möglich sei, ohne einen neuen Wagen zu kaufen.

Daraufhin gibt Ratsherr Grimm zu verstehen, dass der Antrag falsch verstanden würde. Eine Marktanalyse sei nicht möglich, da man nicht wissen könne, welche Anbieter*innen Interesse haben könnten. So könne man nicht alle möglichen Interessent*innen in die Abfrage einbeziehen.

Ratsherr Schwake verlässt um 18.29 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Lühmann findet den Antrag gut, auch wenn er missverstanden worden sei. Jedoch solle dadurch die Verwaltung nicht weiter belastet werden. Stellv. Ausschussvorsitzende Ratsfrau Dr. Dartenne sieht den Antrag als überflüssig an, da es keine Warteliste gebe und jede/r Interessent*in sich auf einen Platz bewerben könne.

Der Antrag sei im Kern gut und verfolgungswürdig, stellt Herr Pols fest. Jedoch könne er nicht seine Zeit damit verbringen, Gärtnereien oder Hofläden zu kontaktieren. Außerdem sollten diese ein Alleinstellungsmerkmal haben, was zur Veränderung des Marktverhaltens führen könnte. Er stellt klar, dass beim Förderprogramm „Resiliente Innenstadt“ die Hansestadt einen Eigenanteil von 40 % zu leisten habe.

Ratsherr Dißelmeyer bittet darum, den Antrag im Rahmen der Gebührenkalkulation im WiA wieder aufzugreifen und die Marktsatzung sowie die Situation des Marktes zu diskutieren.

Ratsherr Grimm könnte sich vorstellen einen „Schnupper Wochenstand“ anzubieten. Anbieter*innen könnten sich ggf. einen Stand teilen. Er habe bereits vorher mit den Marktbesucher*innen über diese Thematik gesprochen.

Herr Klose stellt klar, dass man für einen Stellplatz nicht das Förderprogramm „Resiliente Innenstadt“ benötige, lediglich wenn ein neuer Marktstand erschaffen werden solle. Herr Prigge

ergänzt, dass es bereits Tageserlaubnisse für den Verkauf von Waren auf dem Wochenmarkt gebe. Er teilt mit, dass die einjährige Gebührenkalkulation wieder in der Dezember-Sitzung auf der Tagesordnung stehe.

Ratsherr Grimm stellt den Geschäftsordnungsantrag: Vertagung des TOP 23.3 für die Konkretisierung des Antrags.

Der Antrag wird mit 3 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen angenommen.

**Zu TOP 24 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen
Angelegenheiten**

Beratungsinhalt:

- Keine Anmerkungen -

Stellv. Vorsitzende

Dezernent

Protokollführung

Dr. Dartenne

Rink

Fetzer